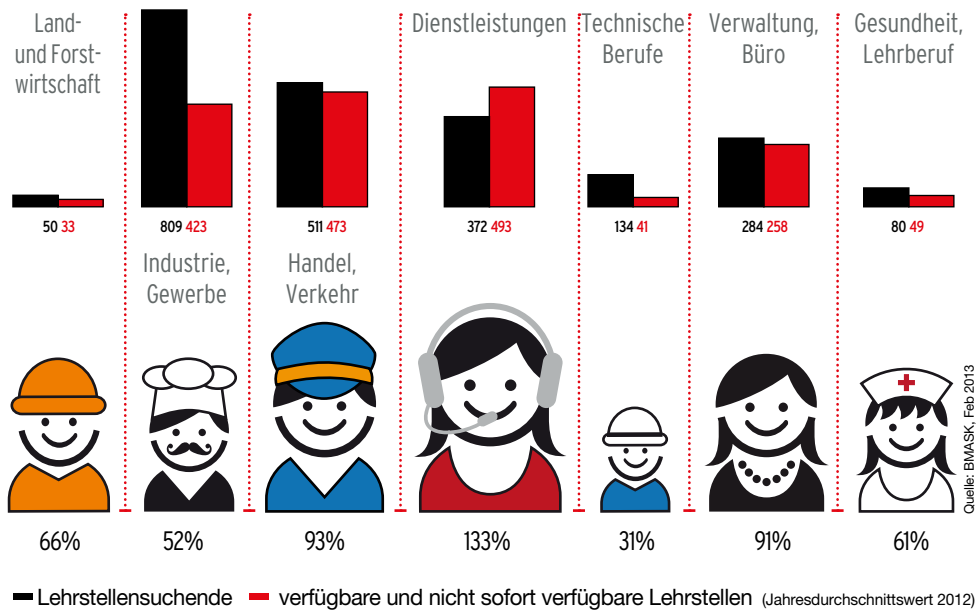


Nicht jede/r findet seine Traumlehrstelle.

WIENER WIRTSCHAFT BIETET ZU WENIG LEHRSTELLEN!

Rund 3.500 Jugendliche beginnen jährlich eine Lehre in Wien. Jedoch bietet die Wiener Wirtschaft zu wenig Lehrstellen an. Besonders auffallend ist, dass in den technischen Berufen, wo FacharbeiterInnen gesucht werden, viel zu wenig ausgebildet wird. Dort kommen 134 Lehrstellensuchende auf 41 Lehrstellen, gefolgt von Industrie und Gewerbe, wo nur etwa jeder zweite Jugendliche einen Beruf findet. In den meisten Branchen stehen die Chancen für eine Lehrstelle schlecht, nur bei den Dienstleistungen gibt es ausreichend Ausbildungsplätze.

Wie realistisch sind die Chancen den Traumberuf zu finden?



Nach wie vor wünschen sich rund 70 % der Mädchen und 44 % der Burschen einen Beruf aus den zehn beliebtesten Lehrberufen. Aber nicht immer ist der Wunschtraum eine Ausbildung mit Zukunft. Eine Liste aller Lehrberufe und wertvolle Tipps unter www.ams.at

GEMEINSAM UND LANGSAMER

Im neuen Konzept wird der Verkehr auf der Mariahilfer Straße entschleunigt.

Das neue Verkehrskonzept für die Mariahilfer Straße ist fertig. Im Kernbereich zwischen Kirchen- und Andreasgasse wird es eine FußgängerInnenzone mit einer Spur für die Buslinie 13 A geben, das Fahrradfahren ist gestattet. Beidseitig angrenzend – Richtung



„Shared-Space-Bereich“ soll kommen.

Westbahnhof bis Kaiserstraße und stadteinwärts bis Museumsplatz – wird es „Begegnungszonen“ geben. Dort ist auch für Autos die Zufahrt zu Garagen möglich. Es herrscht eine 20km/h Geschwindigkeitsbegrenzung. Wichtig: In diesem Bereich sind alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigt! Diese Idee stammt aus den Niederlanden und nennt sich „Shared-Space-Bereich“, sie wurde bereits in mehreren Gemeinden Österreichs getestet. Zudem werden eine Reihe von „Mahü“-Querungen unterbrochen und zu

Sackgassen. Die AK Wien begrüßt den Vorrang für FußgängerInnen und den Erhalt der Öffis. Daneben sollte aber auch die Verkehrswirkungen in den angrenzenden Bezirksteilen berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum muss durch nichtkommerzielle Aufenthaltsräume ergänzt, Waren und Schaniergärten sollen – soweit möglich – von Gehwegen entfernt werden. Beim notwendigen Liefer-, AnrainerInnen- und Radverkehr sind konfliktfreie Führungen und angepasste Geschwindigkeiten vorzusehen. Ab 12. April können sich Interessierte in der Dialogbox, Mariahilfer Straße 76, informieren.

Kommentar

DAS VERSAGEN DER MIETZINSBEGRENZUNG



Walter Rosifka, Abteilung Konsumentenpolitik der AK Wien

Rund 275.000 oder 43 Prozent aller Wiener Hauptmietwohnungen gehören privaten EigentümerInnen. Weil es einen Engpass gibt, sind die Mieten oft hoch, derzeit am privaten Wohnungsmarkt kaum unter 11 Euro pro m². Ohne Betriebskosten und Umsatzsteuer, also reiner Hauptmietzins, werden mindestens 8 Euro pro m² verlangt. Eigentlich fallen 210.000 dieser privaten Mietwohnungen durch das Richtwertsystem unter die gesetzliche Mietzinsbegrenzung. Für einen unbefristeten Mietvertrag einer Durchschnittswohnung legt es (ohne Zuschläge oder Abstriche) einen Hauptmietzins von 5,16 Euro pro m² fest. Viele Vermieter berufen sich aber auf äußerst schwammige Zuschlags-Regelungen im Mietrechtsgesetz. Auffallend: Befristete Mieten sind besonders hoch, selten wird der gesetzlich vorgeschriebene Abschlag von 25 Prozent eingehalten. Befristete MieterInnen wehren sich kaum gegen diese systematisch rechtswidrige Vorgehensweise, sie hoffen oft auf eine Verlängerung des Vertrages. Wir brauchen ein neues Mietrecht, das die MieterInnen besser schützt. Die AK fordert klare Mietobergrenzen. Vermieter, die auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften pfeifen, sollen zur Kasse gebeten werden: Alles was sie den MieterInnen an Hauptmietzins und/oder Betriebskosten rechtswidrig zuviel verrechnet haben, sollen sie den MieterInnen in doppelter Höhe zurückzahlen müssen.